

ANTRÄGE

1) Radweg am Geidorfplatz

GR. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Beim ersten Antrag geht es um den Radweg am Geidorfplatz. In aller Kürze. Ich stelle den Antrag, die Verkehrsplanung möge eine für alle gut nutzbare und zufriedenstellende Radroute über den Geidorfplatz beziehungsweise in der Heinrichstraße planen und dabei die Bedenken der dort angesiedelten Betriebe berücksichtigen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Einer unserer frequentiertesten Plätze in Graz und auch ein Verkehrshotspot ist der Geidorfplatz. Selbstverständlich ist, dass auch die Radfahrer hier ihren Platz haben müssen und eine Fahrradrouten unbedingt notwendig ist. Nun treffen hier aber einige Nutzer dieses Platzes aufeinander. Zum Einen sind es die fixen Standbetreiber, zum Anderen findet auch einmal in der Woche ein Bauernmarkt statt.

Die fixen Verkaufsstände als auch der Bauernmarkt sind stark besuchte Punkte am Geidorfplatz, die wesentlich das Leben auf dem Platz gestalten und auch Frequenzbringer sind.

Legt man nun die Route zu nah an den bereits sehr lange dort existierenden Institutionen (Bauernmarkt und fixe Marktstände), behindert man beide Nutzer. Auch die Rückseite der fixen Marktstände wird von den Beschickern, als auch von den Kunden oftmals benutzt, zumal es Durchgänge zwischen den fixen Marktständen gibt. Für die Fahrradfahrer ist dies ein Spießrutenlauf, da jederzeit ein Fußgänger oder ein Einkäufer den Radweg queren könnte. Zu viele Nutzer für den gleichen Raum bedeutet Konflikt und ein großes Gefahrenpotential.

Aus diesem Grund stelle ich seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

die Mag.Abt. 10/8-Verkehrsplanung möge eine für alle gut nutzbare und zufriedenstellende Radroute über den Geidorfplatz bzw. in der Heinrichstraße planen und dabei die Bedenken der dort angesiedelten Betriebe berücksichtigen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Erstellung eines Gesundheitsberichtes für die Landeshauptstadt Graz

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Der zweite Antrag betrifft die Erstellung eines Gesundheitsberichtes für die Landeshauptstadt Graz. Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass das Gesundheitsamt im Sinne einer zukunftsorientierten Grazer Gesundheitspolitik, einen Gesundheitsbericht erstellt und einen Plan für die zukünftige Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge erarbeitet (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Basis einer zielgerichteten und bedarfsorientierten gesundheitspolitischen Arbeit liegt in der statistischen Erhebung, Zusammenführung und Auswertung von Daten und Fakten. Regelmäßige Gesundheitsberichte und themenspezifische Analysen, die

wesentliche Faktoren für die gesundheitliche Situation der Menschen in der Stadt Graz beleuchten, sind notwendig für eine Stadt dieser Größe. Wir sollten einen Weg von einer krankheitsbezogenen Berichterstattung hin zu gesundheitsrelevanten Daten nehmen, um gute Lebensqualität durch Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen und Lebensphasen zu erreichen.

Die meisten Menschen benötigen für die Umsetzung ihrer Gesundheitsvorsorge Ziele, professionelle Unterstützung und Begleitung.

Die Stadt Graz bekannte sich anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ am 16.09.1992 zur Gesundheitsförderung.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass das Gesundheitsamt im Sinne einer zukunftsorientierten Grazer Gesundheitspolitik, einen Gesundheitsbericht erstellt und einen Plan für die zukünftige Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge erarbeitet.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Errichtung einer Bushaltestelle beim Schloss Eggenberg in beide Richtungen

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek:** Hoher Gemeinderat! Ich stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag, der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichts an die Verantwortlichen der Holding Graz, Graz Linien mit dem Ersuchen herantreten, die Änderung der Streckenführung einer bestehenden Buslinie samt Errichtung der notwendigen Haltestellen vor dem Schloss Eggenberg vornehmen (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Schloss Eggenberg wurde im Jahre 2010 zum Weltkulturerbe erhoben und hat sich die Besucherzahl im Jahre 2010 gegenüber 2009 um über 50 % erhöht und wird sich vermutlich noch weiter erhöhen.

Die für die öffentliche Erreichbarkeit maßgeblichen Straßenbahnlinien sind die Linien 1 und 7. Die Straßenbahnlinie 1 ist vom Schloss Eggenberg rund 500m entfernt. Um zum Schloss Eggenberg zu gelangen, muss man von der Georgigasse über die Schlosstraße gehen. In den nächsten beiden Jahren wird bekanntlicherweise das ASKÖ-Stadion, das in der Schlosstraße liegt, abgerissen bzw. umgebaut, sodass diese Strecke für Fußgänger nur schwer passierbar sein wird, wenn überhaupt. Die Straßenbahnlinie 7 hält an der Haltestelle Franz Steiner-Gasse von wo man durch die gesamte Eggenberger Allee im Ausmaß von fast 700m zum Schloss Eggenberg gehen muss.

Beide Varianten sind daher für ältere und behinderte Personen sowie Mütter mit Kinderwägen und Schulklassen ein Erschwernis.

Auch seitens der für das Schloss Eggenberg Verantwortlichen wurde mitgeteilt, dass es laufend Beschwerden gibt, dass die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ausgesprochen schlecht und die Gehzeiten von den Straßenbahnhaltestellen Menschen mit besonderen Bedürfnissen nicht zuzumuten ist.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichts an die Verantwortlichen der Holding Graz, Graz Linien mit dem Ersuchen herantreten, die Änderung der Streckenführung einer bestehenden Buslinie samt Errichtung der notwendigen Haltestellen vorzunehmen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Barrierefreiheit auf den Reininghausgründen

GR. Mag. **Kowald** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzte Damen und Herren! Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich den Antrag, die Stadt wird ersucht, auf Investoren und Planer auf den Reininghausgründen zuzugehen, um eine umfangreiche Bebauung der Reininghausgründe sicherzustellen. Unter Bebauung in diesem Zusammenhang meine ich eine generationengerechte Bebauung und eine Bebauung, die angemessen ist auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung. Besten Dank (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Wir haben die einmalige Möglichkeit als Grazer Gemeinderat das Entstehen eines neuen Stadtviertels zu beobachten und begleiten zu dürfen. Wir werden auch Zielrichtungen vorgeben, auf die man eingehen wird.

Viele Menschen sind im Alter oder mit einer Behinderung in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt. Barrieren sind in der heutigen Zeit nicht mehr notwendig und gerade bei einem neuen Stadtviertel ohne Probleme vermeidbar. Unsere Bevölkerung wird immer älter und wir müssen auch generationengerecht für jede Altersgruppe bauen. Fachwissen dazu haben wir in unserer Stadt z.B. im Seniorenreferat, in den Seniorenverbänden, im Behindertenbeirat und im Referat für barrierefreies Bauen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt soll mit dem Ersuchen an Investoren und Planer herantreten, dass die Reininghausgründe ohne Barrieren geplant und bebaut werden, d.h. keine baulichen Barrieren für alternde Menschen und Menschen mit Behinderung.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Neue Bushaltestelle Linie 60

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag, der an sich eine Wiederholung darstellt, geht es nur um die Bitte, die Errichtung einer zusätzlichen

Haltestelle der Buslinie 60 auf einer Steigung der Waltendorfer Hauptstraße zu prüfen und falls positiv erledigt wird, auch einzurichten. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit langem existiert der Wunsch der Bevölkerung im Umkreis der Waltendorfer Hauptstraße nach Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle für die Buslinie 60 zwischen den ungewöhnlich weit auseinanderliegenden Haltestellen "Kapelle" und "Sonnenhang". Trotz der Steigung der Straße scheint eine Haltestelle technisch möglich und der Bedarf gegeben.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen an die Holding Graz, Graz Linien mit dem Ersuchen herantreten, die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle der Buslinie 60 in der Waltendorfer Hauptstraße zwischen den Haltestellen "Kapelle" und "Sonnenhang" zu prüfen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Beleuchtung im August-Matthey-Park St. Leonhard

GR. Mag. **Molnár** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Molnár**: Betrifft: Beleuchtung im August-Matthey-Park in St. Leonhard. Der August-Matthey-Park ist nicht nur ein beliebter Spielplatz und Grünoase in der inneren Stadt, sondern wird auch von vielen BürgerInnen als Durchgang zwischen der Schillerstraße und der Merangasse verwendet. Da es leider keine Laternen beziehungsweise andere Beleuchtungen im Park gibt, fühlen sich in den Abendstunden einige BewohnerInnen unsicher. Im Namen des ÖVP-Clubs stelle ich daher folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die erforderliche Anzahl von Laternen wie im Motivenbericht dargestellte im August-Matthey-Park aufzustellen, um den BenutzerInnen die Durchquerung des Parks in den Abendstunden zu erleichtern.

Motivenbericht nur schriftlich:

Der August-Matthey Park ist nicht nur ein beliebter Spielplatz und Grünoase im Inneren der Stadt, sondern er wird auch von vielen BürgerInnen als Durchgang zwischen der Schillerstrasse und der Merangasse verwendet.

Da es leider keine Laternen bzw. andere Beleuchtungen im Park gibt, fühlen sich in den Abendstunden einige BewohnerInnen unsicher.

Namens des ÖVP-GR-Clubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die erforderliche Anzahl von Laternen, wie im Motivenbericht dargestellt, im August-Matthey-Park aufzustellen, um den BenutzerInnen die Durchquerung des Parks in den Abendstunden zu erleichtern.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Sanitäre Einrichtungen in Parkanlagen des Bezirkes Gries

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Antrag:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen! Hier geht es um sanitäre Einrichtungen in den Parkanlagen des Bezirkes Gries. Es ist ein Antrag, der schon mehrfach auch im Bezirksrat diskutiert wurde und gestellt wurde. Ich darf namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen beziehungsweise ersuchen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), im St. Johannes Park und Oeverseepark an geeigneter Stelle eine mobile WC-Anlage einzurichten und den Bedarf auch für die anderen öffentlichen Parkanlagen des Bezirkes Gries zu erheben.

Zumindest sind jedoch Hinweise auf in der Nähe befindliche und zugängliche sanitäre Einrichtungen in den Parks anzubringen. Dem Gemeinderat wolle darüber ehemöglichst berichtet werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der St. Johannes Park im Nahbereich des Seelsorgezentrums St. Johannes gehört zu den beliebtesten Grünoasen (mit Hundewiese!) im Süden des Bezirkes Gries und wird durch die Bevölkerung insbesondere auch aus den Bereichen der Wohnhäuser in der Triester- und Denggenhofsiedlung aber auch darüber hinaus von allen Altersgruppen gerne aufgesucht und in Anspruch genommen. Sinngemäß gilt dies auch für den Oeverseepark im Norden des Bezirkes Gries, der sich ebenfalls bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern vor allem auch bei Jugendlichen als Treffpunkt und

Spielplatz großer Beliebtheit erfreut. Zu begrüßen ist, dass beide Parkanlagen auf unbefristete Zeit seitens der Stadtgemeinde Graz gepachtet wurden. Die Besucherinnen und Besucher, Nutzerinnen und Nutzer, die sich oft über einen längeren Zeitraum im Park aufhalten, beklagen jedoch zunehmend, dass keine Möglichkeiten vorhanden sind, eine WC-Anlage aufzusuchen, auch sind keine Hinweise auf in der Nähe befindliche und zugängliche sanitäre Einrichtungen vorhanden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen bzw. ersuchen, im St. Johannes Park und Oeverseepark an geeigneter Stelle eine mobile WC-Anlage einzurichten und den Bedarf auch für die anderen öffentlichen Parkanlagen des Bezirkes Gries zu erheben.

Zumindest sind jedoch Hinweise auf in der Nähe befindliche und zugängliche sanitäre Einrichtungen in den Parks anzubringen.

Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehemöglichst vorgelegt werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Liftnotruf bei der Grazer Berufsfeuerwehr

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Bauer:** mit meinem Antrag möchte ich gerne etwas anstoßen und zwar eine organisatorische Änderung beziehungsweise eine Neuaufgabe für die Grazer Berufsfeuerwehr, dass das geprüft wird. Und zwar geht es hier um den Liftnotruf, es wäre technisch möglich, dass direkt bei der Berufsfeuerwehr anzubinden und wir haben auch heute gesehen, es liegt auf der Feuerwehrbericht, werte Kolleginnen und Kollegen und dass pro Jahr 188 Personen aus Liften von der Berufsfeuerwehr gerettet werden müssen. Ich lese hier den Antragstext vor: Es werden die zuständigen Stellen aufgefordert, gemäß Motivenbericht die Einrichtung des Liftnotrufes bei der Grazer Berufsfeuerwehr in die Wege zu leiten, in einem ersten Schritt sind die stadteigenen Gebäude mit Liftanlagen an den Liftnotruf bei der Grazer Berufsfeuerwehr anzuschließen. In weiterer Folge sind auch alle LiegenschaftseigentümerInnen mit Liftanlagen einzuladen, den direkten Liftnotruf bei der Grazer Berufsfeuerwehr in Anspruch zu nehmen. Ich ersuche um Behandlung des eingebrachten Antrages.

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz gibt es in den öffentlichen und privaten Gebäuden in Summe rund 4000 Personenaufzüge. Die MieterInnen bzw. EigentümerInnen bezahlen rund € 29,- pro Monat je Aufzug an die Hersteller der Aufzüge für den gesetzlich vorgeschriebenen Liftnotruf. Das heißt: Wenn ein Aufzug defekt wird und „stecken bleibt“, können die Personen vor Ort die Notrufklingel betätigen. Über diese Sprechanlage vor Ort wird eine Verbindung mit einem Call Center hergestellt, über dieses wiederum wird in Graz die Berufsfeuerwehr darüber informiert, dass eine/mehrere Person/en geborgen werden sollen.

Leider kommt es bei diesem indirekten System – durch Kommunikationsfehler bzw. mangelnde örtliche Kenntnisse - wieder zu Problemen, weil der Berufsfeuerwehr zum Beispiel falsche Adressen genannt werden.

Solche „Irrläufer“ könnten jedoch relativ einfach bereinigt werden, indem der „Umweg“ über das Call Center eingespart wird. Mit anderen Worten: Würde dieses Rettungssystem direkt bei der Berufsfeuerwehr eingerichtet werden, könnten die Betroffenen vor Ort – aus dem Fahrstuhl heraus – unmittelbar mit der Grazer Berufsfeuerwehr in Verbindung treten. Was auf jeden Fall einen noch rascheren und vor allem zielgenaueren Einsatz sicherstellen würde. Nicht zu vergessen: Unsere Berufsfeuerwehr könnte damit zusätzliche Einnahmen durch den Liftnotruf lukrieren.

Für die entsprechende technische Ausstattung müssten meine Informationen zufolge rund 20.000 Euro an einmaligen Investitionskosten getätigt werden, die jedoch über den Liftnotruf relativ rasch finanziert werden könnten. Womit mittelfristig ein solches Projekt zwei „Gewinner“ hätte: Einerseits die Berufsfeuerwehr, die damit ein neues Geschäftsfeld eröffnet hätte, vor allem aber bei Notfällen die LiftbenutzerInnen, die sich einer noch rascheren und zielgenaueren Bergung sicher sein könnten.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

1. Die zuständigen Stellen mögen umgehend veranlasst werden, gemäß Motivenbericht die Einrichtung des Liftnotrufes bei der Grazer Berufsfeuerwehr in die Wege zu leiten.
2. In einem ersten Schritt sind die stadteigenen Gebäude mit Liftanlagen an den Liftnotruf bei der Grazer Berufsfeuerwehr anzuschließen.
3. In weiterer Folge sind auch alle Liegenschaftseigentümer mit Liftanlagen einzuladen, den direkten Liftnotruf bei der Grazer Berufsfeuerwehr in Anspruch zu nehmen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Ausweitung der Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf gleichstellungspolitische, soziale, ökologische, Diversity- und andere, einer gesellschaftlich verantwortungsbewussten Kommune wichtige Aspekte

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

1. GRin. Mag.^a **Grabe**: Also bei diesem Antrag geht es um die Ausweitung der Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf gleichstellungspolitische, soziale, ökologische, Diversity- und andere gesellschaftspolitische relevante Aspekte. Wir haben in der Stadt Graz ja schon einige Vorzeigemodelle in Richtung Gleichstellungspolitik, sei es die Frauenquote in den Aufsichtsräten, sei es ein neues Projekt, das erstmals jetzt bei der GBG Anwendung findet, nämlich, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Reinigungsbereich gekoppelt ist an den Nachweis konkreter frauenpolitischer und gleichstellungspolitischer Maßnahmen, wie zum Beispiel eben Frauenförderungspläne, Verbesserung von Aufstiegschancen und Weiterbildungsangeboten für Frauen. Schutz vor Sexismus am Arbeitsplatz und einiges andere und dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt und wie der Name Pilotprojekt schon sagt ist das lediglich ein erster Schritt und es sollten doch etliche in diese Richtung noch erfolgen. Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs einen Antrag, der auch ein bisschen Bezug nimmt auf frühere Anträge, zum Beispiel vom Kollegen Karl-Heinz Herper und zwar einen Antrag, es werden Ressorts der Stadt Graz und zuständigen Stellen des Magistrates sowie die jeweiligen StadtsenatsreferentInnen, die den StadtsenatsreferentInnen zugeordneten Beteiligungsgesellschaften ersucht, 1. die im Rahmen des öffentlichen Vergaberechts

möglichen Ausweitungen von Ausschreibungskriterien zu prüfen, 2. bei künftigen Ausschreibungen die Anwendung gleichstellungspolitischer, sozialer, ökologischer, Diversity- und anderer gesellschaftlich notwendiger Kriterien mit einzubeziehen, 3. einen entsprechenden Kurzbericht den jeweiligen Vergabe-Entscheidungen beizulegen und 4. den bereits bei einem Antrag von dir, Karl-Heinz Herper, für September 2009 eingeforderten Informationsbericht zu dieser Frage dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Juni 2011 vorzulegen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Quoten und weitere Gleichstellungsmaßnahmen:

Die Bundesregierungen Deutschlands und Österreichs diskutieren eine Geschlechter-Quote zwecks Verbesserung von Gleichstellung und Expertinnen-Gewinnung; Norwegen hat sie.

Bundesländer wie Oberösterreich oder Wien beratschlagen über selbige - aus der Erkenntnis heraus, dass eine Quote nicht nur den Frauen dient, sondern auch den Unternehmen. Die deutsche Gewerkschaft IG Metall hat sie, wurde sie doch soeben - wie Standard und Spiegel berichten - nun in Bezug auf die von ihr beschickten Aufsichtsräte eingeführt. Die Stadt Graz ist im Zuge der "Haus Graz"-Reformen österreichweit bereits Vorreiterin, haben wir die Quote doch – bislang wohl als einzige Gebietskörperschaft Österreichs - bereits im September 2010 beschlossen und sukzessive bei den entsprechenden Neubesetzungen der Kontrollgremien umgesetzt.

Doch dies ist nur der erste Schritt. Weitere wichtige Gleichstellungs- und Gerechtigkeits-Instrumente sind u.a. die Einbeziehung von allgemeinen gleichstellungspolitischen und speziellen Frauenförderungs-Maßnahmen in den Kriterienkatalog bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Dies bedeutet die Abkehr von einem reinen Billigstbieter-Prinzip durch Einbeziehung von Bestbieter-Kriterien, welche gleichstellungspolitische, soziale, ökologische, Diversity- und andere einer

gesellschaftlich verantwortungsbewussten Kommune wichtige Kriterien mit einbeziehen.

Auch in diesem Bereich - im übrigen bereits in früheren Jahren immer wieder eingefordert von GemeinderatskollegInnen verschiedener Fraktionen - gehen wir als Stadt Graz ebenfalls - erstmals - mit gutem Beispiel voran, wird doch auf unsere grüne Anregung hin im Rahmen eines Pilotprojektes der städtischen Immobilienechter GBG, dank des "Haus Graz"-Reformprojektes (Arbeitspaket Reinigungskräfte) und dank der tatkräftigen Mitarbeit der Unabhängigen Frauenbeauftragten Maggie Jansenberger, der GBG unter Leitung des Geschäftsführers Mag. Günter Hirner, des Stadtschulamts unter Leitung von Dr. Herbert Just, des GBG-Reinigung&Service-Teamleiters Franz Neuwirth und anderer KollegInnen im Reinigungsbereich bei künftigen Fremdvergaben der Nachweis konkreter gleichstellungspolitischer Maßnahmen:

- Frauenförderungspläne,
- Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen (z.B. durch entsprechende Quoten),
- Verbesserung der Aufstiegschancen und Weiterbildungsangebote für Frauen,
- Verbesserung beruflicher Wiedereinstiegsbedingungen,
- Schutz vor Sexismus am Arbeitsplatz u.a.

zunehmend als eines der zu berücksichtigten Kriterien vorausgesetzt bzw. herangezogen.

Wie schon der Name Pilotprojekt sagt, handelt es sich um einen ersten Schritt, und es sollten diesem im Verantwortungsbereich der Stadt Graz etliche weitere in diese Richtung folgen.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g

In Anlehnung an die erfolgreichen gleichstellungspolitischen Maßnahmen der Stadt Graz:

- Frauenquote in den Aufsichtsräten,
- Gleichstellungsförderung als Grundprinzip der Ausgestaltung des „Haus Graz“-Reformprozesses und
- Vorzeige-Pilotprojekt der GBG bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen im Reinigungsbereich

werden sämtliche Ressorts der Stadt Graz und zuständigen Stellen des Magistrats sowie die den jeweiligen StadtsenatsreferentInnen formal und inhaltlich zugeordneten Beteiligungsgesellschaften ersucht,

1. die im Rahmen des öffentlichen Vergaberechts möglichen Ausweitungen von Ausschreibungskriterien zu prüfen,
2. bei künftigen Ausschreibungen die Anwendung gleichstellungspolitischer, sozialer, ökologischer, Diversity- und anderer gesellschaftlich notwendiger Kriterien mit einzubeziehen,
3. einen entsprechenden Kurzbericht den jeweiligen Vergabe-Entscheidungen beizulegen und
4. den bereits bei einem Antrag von GR-Kollegen Karl-Heinz Herper für September 2009 eingeforderten Informationsbericht dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Juni 2011 vorzulegen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Gehsteig Kahngasse/Lindengasse

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Schloffer**: Schon lange angekündigt, aber noch nicht realisiert. Ein Problem in Andritz und daher beantrage ich im Namen der KPÖ, die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin, liebe Lisa, damit bist du gemeint, werden ersucht, im Interesse der Verkehrssicherheit für die rasche Errichtung eines Gehsteigs in der Kahngasse/Lindengasse zu sorgen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Kahngasse und in ihrer Verlängerung die Lindengasse ist ein sowohl vom Kfz-Verkehr als auch von Fußgängern und RadfahrerInnen stark frequentierter Verkehrsweg, der jedoch auf seiner ganzen Länge über keinen Gehsteig verfügt. Da es sich um eine sehr schmale Straße handelt, durch welche auch die Busse der Linien 41 und 53 geführt werden, kommt es vor allem für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Viele FußgängerInnen sehen sich gezwungen, aus Sicherheitsgründen von der Straße auf Privatgrundstücke auszuweichen, was häufig zu Konflikten mit den Grundstückseignern führt. Zwar wurde bereits vor einiger Zeit die Realisierung eines Gehsteigs in dieser Straße angekündigt, doch leider sind der Ankündigung bis heute keine Daten gefolgt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, im Interesse der Verkehrssicherheit für die rasche Errichtung eines Gehsteigs in der Kahngasse/Lindengasse zu sorgen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sicher in die Schule – „Pedibus“-Konzept für Graz

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag heißt, Sicher in die Schule – Pedibus-Konzept für Graz. Es ist ein einfaches kostengünstiges Konzept in Form eines Pedibusses, das schon in mehreren europäischen Städten, auch in Graz in Zukunft, in mehreren Städten schon umgesetzt wurde und möchte nur einen Satz dazusagen für jene, die es nicht wissen, was der Pedibus ist. Dabei fährt ein Fußgängerbus, also „fährt“ unter Anführungszeichen auf unterschiedlichen Linien, hält sich an Fahrpläne und stoppt an markierten Haltestellen, die „Mitfahrenden“ wieder unter Anführungszeichen sind Kindergarten- und Schulkinder die zu Fuß zur Schule oder in den Kindergarten gehen und zwar begleitet werden von ehrenamtlichen Begleitern und deshalb stelle ich den Antrag, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, dass aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen und zu evaluieren ist, ob ein „Pedibus“-Konzept auch für den Großraum Graz eingerichtet werden kann. Das Pedibus-Konzept könnte leicht und kostengünstig realisiert werden. Den Kindern macht der gemeinsame Marsch zur Schule Spaß und sie kommen sicher in Schule oder Kindergarten an. Außerdem trainieren Kinder, und das ist der Vorteil, dabei gleich das richtige Verhalten im

Straßenverkehr, darüber hinaus, wir haben heute schon sehr viel Feinstaubanträge gehabt, ist dieses Konzept extrem umweltschonend. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke, Herr Gemeinderat. Der Pedibus ist in Graz schon angekommen, ich hatte gerade im Sommer das Vergnügen, also im Herbst eigentlich als der Schulbeginn war. In der Volksschule Berlinerring zum Beispiel ist es so, dass die gemeinsam entwickelt haben diese Haltestellen und dass die großen Kinder von den oberen Klassen dort regelmäßig einen bestimmten Zeitpunkt ankommen und kleinere Kinder mitnehmen, das heißt, dieses Konzept ist auch Teil integrierender Bestandteil unseres schulischen Mobilitätskonzeptes und wird jetzt auch an andere Schulen herangetragen. Ich bin sehr überzeugt, dass das ein sehr gutes Konzept ist, weil ich auch gesehen habe, dass es funktioniert und den Kindern, den großen Kindern eine Rolle gibt auf die kleineren aufzupassen und den kleineren die Chance auch von Anfang an in die Schule zu gehen. In dem Sinn ist das ein guter Antrag, aber er ist schon in Umsetzung und Sie werden in der Antwort vielleicht auch ein bisschen mehr Informationen bekommen über die ganzen Maßnahmen, die in dem Zusammenhang laufen. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Eltern, die um die Sicherheit ihrer Kinder fürchten, bringen die Kleinen mit dem Privat-Pkw zur Schule. Das ist nicht nur zeitraubend für die Eltern, sondern auch umweltbelastend. Auch kann ein Getümmel vor dem Schulgebäude mit ständig an- und abfahrenden Eltern-Pkws und schnell einmal herausspringenden Kindern ebenfalls oft zu sehr gefährlichen Situationen führen.

Ein einfaches, kostengünstiges Konzept in Form eines „Pedibusses“, welches in Salzburg, Burgenland, Tirol und auch in einigen Städten in Deutschland und in der Schweiz bereits praktiziert wird, würde da Abhilfe schaffen. Dabei „fährt“ ein

Fußgängerbus auf unterschiedlichen Linien, hält sich an Fahrpläne und stoppt an markierten Haltestellen. Die „Mitfahrenden“ sind Kindergarten- und Schulkinder, die zu Fuß zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Bei dem „pedi-bus“, „Ameisenzug“ oder „walking-bus“ genannten Projekten werden die Kinder von ehrenamtlich agierenden „Chauffeuren“ (Eltern im Wechseldienst, Lotsen...) begleitet. Die an den festgelegten Pedibus-Haltestellen Wartenden werden fahrplanmäßig aufgesammelt und gelangen so sicher an ihren Zielort.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen und zu evaluieren, ob ein „Pedibus“-Konzept auch für den Großraum Graz eingerichtet werden kann. Das Pedibus-Konzept könnte leicht und kostengünstig realisiert werden. Den Kindern macht der gemeinsame Marsch zur Schule Spaß und sie kommen sicher in Schule oder Kindergarten an. Außerdem trainieren Kinder dabei gleich das richtige Verhalten im Straßenverkehr, darüber hinaus ist dieses Konzept extrem umweltschonend.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Rechtzeitige Standortsuche und Absicherung eines Jugendzentrums im Bezirk Eggenberg beziehungsweise im Bezirk Lend

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag bezieht sich auf ein Jugendzentrum im Bezirk Lend beziehungsweise Eggenberg. Da das Youth Point durch die Verantwortlichen der Pfarre St. Vinzenz gekündigt worden ist und mit Ende des Jahres geschlossen werden soll, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, dass die verantwortlichen Stellen kontaktiert werden, mit dem Ziel, einen neuen Standort für ein Jugendzentrum im Bezirk Eggenberg oder im Bezirk Lend zu finden, um dort eine Kontinuität der bis jetzt umgesetzten Jugendarbeit gewährleisten zu können. Danke (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 14. Oktober 2009 wurde Youth Point, der Jugendtreff, in den Räumlichkeiten der Pfarre St. Vinzenz eröffnet. Obwohl dieses Jugendzentrum von den Jugendlichen aus dem Bezirk Eggenberg und auch aus dem Bezirk Lend gut angenommen wurde, führt eine Kündigung durch die Verantwortlichen der Pfarre St. Vinzenz jetzt dazu, dass es mit Ende dieses Jahres wieder geschlossen wird. Den Jugendlichen, die sich dort zusammengefunden haben, um gemeinsam Aktivitäten zu planen und umzusetzen, wird dadurch wieder die Chance genommen, sich ohne Konsumzwang treffen zu können.

Die Kontinuität der gemeinsamen Arbeit und die positiven Erfahrungen, die auch zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Jugendlichen geführt haben, sind aber gefährdet, wenn nicht fristgerecht dafür gesorgt wird, dass ein neuer Standort in unmittelbarer Umgebung gefunden wird. Denn gerade die Jugendlichen in diesen beiden Bezirken haben keine Ausweichmöglichkeiten.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die verantwortlichen Stellen kontaktiert werden, mit dem Ziel, einen neuen Standort für ein Jugendzentrum im Bezirk Eggenberg oder im Bezirk Lend zu finden, um dort eine Kontinuität der bis jetzt umgesetzten Jugendarbeit gewährleisten zu können.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Straßenbeleuchtung in der Schubertstraße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die Bitte noch mehr Verkehrssicherheit durch eine bessere Beleuchtung der oberen Schubertstraße. Diese bessere Beleuchtung sollte nicht als Konkurrenz zu den alten schönen Straßenlaternen verstanden werden, sondern so wie im unteren Teil sich über der Straße befinden. Es ist dort ein sehr gefährlicher Straßenabschnitt, da es sich auch um sehr viele schlecht oder unbeleuchtete Radfahrer handeln kann (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

VerkehrsteilnehmerInnen berichten immer wieder von sehr gefährlichen Situationen in der Schubertstraße. Die aufgrund ihrer Nähe zur Universität auch von vielen Fußgängern und Radfahrern frequentierte Straße ist nämlich nur unzureichend

beleuchtet. Der Verkehrsweg wird von historischen Gaslaternen flankiert, die ein besonderes Flair vermitteln und deren Erhalt auf jeden Fall zu begrüßen ist.

Allerdings endet die zusätzlich zu den historischen Gaslaternen angebrachte Straßenbeleuchtung auf Höhe der Herdergasse, sodass die Schubertstraße von dieser Kreuzung stadtauswärts fast in völliger Dunkelheit liegt.

Vor allem im Winter kommt es daher häufig vor, dass Autolenker vor ihnen fahrende Radfahrer erst in letzter Sekunde wahrnehmen und abrupt abbremsen müssen. Die dunkle Winterkleidung verschärft die Situation zusätzlich.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Gaslaternen in der Schubertstraße sollen ab der Kreuzung Schubertstraße/Herdergasse stadtauswärts bis zur Hilmteichstraße durch eine zeitgemäße Straßenbeleuchtung ergänzt werden, um die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die historischen Laternen ihre Wirkung auch weiterhin entfalten können, ist die Beleuchtung mittig oberhalb der Fahrbahn anzubringen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Ampelschaltung St.-Peter-Hauptstraße/Theodor-Storm-Straße

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In meinem Antrag geht es um die Ampelschaltung bei der Kreuzung St.-Peter-Hauptstraße/Theodor-Storm-Straße. Im Zuge der Umbauarbeiten der St.-Peter-Hauptstraße wurde an der im Betreff genannten Kreuzung eine Ampel installiert. Selbige ist aber in Zeitintervallen geschaltet und sorgt somit regelmäßig für Rotphasen und Stauungen in der St.-Peter-Hauptstraße, obwohl weder Gegenverkehr noch Fußgänger vorhanden sind. Daher stelle ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachfolgenden Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Ämter werden beauftragt, an gegenständlicher Kreuzung die Installation einer flexiblen Ampelschaltung zu prüfen und diese alsbald umzusetzen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Umbauarbeiten wurde an der im Betreff genannten Kreuzung eine Ampel installiert. Selbige ist aber in Zeitintervallen geschaltet und sorgt somit regelmäßig für Rotphasen und Stauungen in der St. Peter Hauptstraße, obwohl weder Gegenverkehr noch Fußgänger vorhanden sind. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, an gegenständlicher Kreuzung die Installation einer flexiblen Ampelschaltung zu prüfen und diese alsbald umzusetzen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Verkehrsstau Hilmteichstraße

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht auch wieder einmal um Feinstaub, vielleicht eine Möglichkeit den Feinstaub etwas in Graz zu verringern und zwar geht es um den morgendlichen Stau, der sich vor dem LKH bildet in der Hilmteichstraße. Deshalb mein Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen. Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, mit der KAGES Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel, die Verkehrsführung vor der Einfahrt zum LKH so zu ändern, dass die oben angeführten Staus nach Möglichkeit deutlich verringert werden.

Motivenbericht nur schriftlich:

In den Spitzen des Frühverkehrs kommt es immer wieder zu ausgedehnten Staus auf der Hilmteichstraße in beiden Richtungen. Die Staukolonne reicht oft bis zum Hilmteich bzw. in der anderen Richtung bis zur geregelten Kreuzung Schanzelwirt-HYPO Bank.

Ursache sind die Abbieger zum LKH und die Probleme bei der Einfahrt in das Gelände.

Ich stelle daher im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, mit der KAGES Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel, die Verkehrsführung vor der Einfahrt zum LKH so zu

ändern, dass die oben angeführten Staus nach Möglichkeit deutlich verringert werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Hebung der Lebensqualität für die Bewohner der Hans-Groß-Gasse

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, es geht auch um die Hans-Groß-Gasse, in dem Fall um die Bewohnerinnen und Bewohner. Sie wissen, dass in der Hans-Groß-Gasse eine Zufahrt zu Speditionen besteht, die Lärmbelastung ist sehr hoch. Daher, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert entsprechende Initiativen für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Hans Groß Gasse einzuleiten. Ich danke Ihnen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie allgemein bekannt ist und schon mehrmals Gegenstand von Initiativen im Gemeinderat war, ist die Lebensqualität der Bewohner der Hans Groß Gasse (8045) aufgrund der Benützungsbewilligung des Objektes Hans Groß Gasse 13 in großem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Weiters stellen das fehlende Nachfahrverbot und der starke Wirtschaftsverkehr – bedingt durch die umliegenden Betriebe – eine nicht annehmbare Lärmbelästigung für die Anrainer dar. Da es sich um ein Wohngebiet handelt stehen die tatsächlichen Umstände diametral zu der von

den Bewohnern zu Recht eingeforderten Hebung ihrer Lebensqualität. Eine Entschärfung dieser Situation ist daher unumgänglich.

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz wird aufgefordert entsprechende Initiativen für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Hans Groß Gasse einzuleiten.“

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Landeshauptstadt Graz beendet.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.55 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb